

SVP INTERNATIONAL

Postfach 8252, CH-3001 Bern

Tel +41 31 300 58 58

Fax +41 31 300 58 59

Email: info@svp-international.ch

Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Sonderausgabe vom 9. Oktober 2007

Editorial: Linke Gewalt zerstört die Demokratie

10'000 SVP'ler aus der ganzen Schweiz und sogar aus dem Ausland sind am Samstag mit über 60 Reiseautos, Extrazügen oder privat nach Bern gereist. Darunter Hunderte von Kindern, gegen 200 Treichler, viele Musikanten und Trachten. Es war ein eindrücklich friedlicher Umzug, der sich vom Bärengraben auf den Weg zum Bundesplatz machen wollte. Doch gewalttätige linksgrüne Chaoten griffen die Polizei und friedliche Kundgebungsteilnehmer frontal an und verhinderten das geplante Volksfest. Die Demokratie und das freie Wort wurden an diesem Samstag mit Füßen getreten. Eine Schande für die Schweiz.

Angeführt wurde der Umzug von SVP-Bundesrat Christoph Blocher, Parteipräsident Ueli Maurer und Glücksbringer Geissbock Zottel. Dahinter folgten zehntausend Männer, Frauen und Kinder jeden Alters und aus jeder Gegend der Schweiz und der Welt. Gemeinsam wollten wir mit bereits auf dem Bundesplatz Wartenden ein Fest der Freiheit und Demokratie feiern.

Dann griffen jedoch mehrere Hundert gut organisierte, **maskierte linke Schlägertruppen die auf dem Bundesplatz wartenden Gäste des SVP-Festes an und verwüsteten Verpflegungsstände, Bühne, Autos etc.** Die SVP klärt derzeit ab, wieso die Polizei die auf dem Bundesplatz wartenden Teilnehmer der Kundgebung nicht schützen konnte. Auf den unzensurierten Bildern im SVP Internet-TV auf

www.svp.ch sieht man deutlich, wie der linksgrüne Mob den Bundesplatz ungehindert in Trümmern legen kann.

Auch den Umzug der SVP vermochten die Chaoten mit ihrer **sinnlosen und brutalen Gewalt** zu stoppen. Das traurige Resultat: **Das Volk muss zur Kenntnis nehmen, dass eine linksfaschistische Gewaltbereitschaft über unsere verfassungsmässigen Bürgerfreiheiten triumphieren kann.** Ein Staat der die freie Meinungsäusserung und die friedliche politische Manifestation nicht zu gewährleisten im Stande ist, hört auf Rechtsstaat zu sein. Dies sind die Früchte der linksgrünen Politik durch die jahrelange Verhätchelung, das Totschweigen, Schönreden und die Duldung linksalternativer Gewaltexzesse. Inwiefern diese Aktionen bewusst von oben gesteuert wurden, um die SVP daran zu hindern durch die Stadt Bern zu ziehen, muss dringend abgeklärt werden. Ein solcher Affront gegen die SVP, unseren Bundesrat Christoph Blocher und gegen die Demokratie darf nicht folgenlos bleiben!

Zwei Wochen vor den eidgenössischen Wahlen wurde der ganzen Schweiz gezeigt, was für unhaltbare Zustände wir wegen den Linken in unserem Land in Kauf nehmen müssen. Die SVP ist dazu nicht bereit. **Es braucht dringend eine politische Korrektur und wieder mehr Sicherheit.**

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

Der 6. Oktober 2007: Die Folgen linker Politik

Der 6. Oktober 2007 war ein trauriger Tag für die Schweiz. Mit roher Gewalt vermochten linke Chaoten eine bewilligte Kundgebung der grössten Regierungspartei in Bern zu verhindern. Schaden genommen hat vor allem die Demokratie. Und das Ansehen der Bundeshauptstadt, deren Regierung offensichtlich nicht in der Lage ist, die öffentliche Sicherheit auch nur einigermassen zu gewährleisten.

Die Versammlungs- und die Meinungsäusserungsfreiheit sind zentrale Werte in einem liberalen, demokratischen Rechtsstaat. Sie sind Ausdruck einer lebendigen politischen Diskussion, eines Wettstreits der Meinungen, wie wir ihn in der direkten Schweizer Demokratie wünschen. Dass linke Kreise immer wieder in stalinistischer Manier diesen demokratischen Diskurs unterbinden oder staatlich zensurieren wollen, ist bedenklich und für den Rechtsstaat gravierend. Und genau dies ist am vergangenen Samstag in Bern ein weiteres Mal passiert.

Nachdem ein linker Aktivist namens Jenni zu einer Gegenkundgebung aufgerufen hatte, schaute die Stadtregierung tatenlos zu, wie sich die linken Kreise für den 6. Oktober rüsteten. Stadtregierung und Polizei liessen verlauten, die unbewilligte Gegendemonstration werde toleriert – und nahmen damit bewusst in Kauf, dass die bewilligte Demonstration nicht stattfinden konnte. Dies wiederum war das erklärte Ziel der Linksaktivisten.

Unfähige Berner Stadtregierung

Dafür, dass es so weit kommen konnte, ist die Berner Stadtregierung verantwortlich. Ihre Aufgabe ist es, die öffentliche Sicherheit in der Hauptstadt zu gewährleisten. Dieser Aufgabe ist rot-grüne Exekutive offensichtlich in

keiner Weise gewachsen. Die Stellungnahmen des freisinnigen Polizeidirektors wie auch der übrigen Exponenten der Berner Exekutive wirkten wenig souverän und gaben zu Kopfschütteln Anlass. Die Berner Stadtregierung wird sich einiges einfallen lassen müssen, um in Zukunft die Sicherheit für Grossanlässe garantieren zu können.

Vor allem aber zeigen die Ereignisse des vergangenen Samstags das totale Versagen der linken Politik: Jahrelang schon duldet die rot-grüne Mehrheit in der Stadt Bern das Treiben an der „Reitschule“. Dieser Hort für Gewalt und Kriminalität beherbergt linke Aktivist*innen, Drogendealer und Prostitution. Dass die Berner Steuerzahler dieses Elend jährlich mit 360'000 Franken subventionieren, zeigt, wie verfahren die Stadtberner Politik ist. Die Hauptstadt der Schweiz wird zusehends zu einem Ghetto für Illegale und Randständige. Verantwortlich dafür ist die linksgrüne Mehrheit.

Dumme Provokationen von Couchepin und Calmy-Rey

Dass es für die grösste Schweizer Regierungspartei offenbar nicht möglich ist, eine Kundgebung in der Hauptstadt durchzuführen, ist bedenklich. Ebenso bedenklich sind die Äusserungen von Pascal Couchepin, Fulvio Pelli oder Micheline Calmy-Rey, welche die Schweizerische Volkspartei indirekt mit für die Ausschreitungen verantwortlich machten: Diese seien das Resultat einer polarisierten Politik. Wer solche Sachen sagt, handelt dumm und unüberlegt:

- **Für einen freien, demokratischen Staat muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass jede demokratische Partei eine friedliche Kundgebung durchführen kann.** Wenn dies nicht mehr gewährleistet ist oder durch gewalttätige Chaoten in Frage gestellt wird, gilt das Faustrecht. Am 6. Oktober

hat der Rechtsstaat vor einigen Hundert Chaoten kapituliert. So geht unser Land kaputt.

- **Das betroffene Gemeinwesen hat für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu sorgen.** Dieser Aufgabe ist die Stadt Bern nicht nachgekommen, indem sie von Beginn weg viel zu tolerant mit den Linksaktivisten umgegangen ist. Die Berner Stadtbehörden müssen ihr Sicherheitskonzept grundsätzlich überdenken. Dass nun von gewissen Berner Politikern ein Demonstrationsverbot als Lösungsvorschlag diskutiert wird, ist vollends absurd.
- Drittens muss den Herren Couchepin und Pelli, aber auch Frau Calmy-Rey in alle Klarheit gesagt werden: **Wer die SVP für die Ausschreitungen mitverantwortlich macht, nimmt die gewalttätigen Chaoten in Schutz.** In keinem Punkt ist es zu rechtfertigen, dass diese Krawallbrüder in blinder Zerstörungswut unbescholtene Passanten angegriffen und Sachschäden in exorbitanter Höhe angerichtet haben. Solche Leute gehören hinter Schloss und Riegel und zünftig bestraft. Dass Bundesräte dies indirekt verharmlosen oder zu erklären versuchen, ist ein Skandal.

Gilt die Versammlungsfreiheit nur noch selektiv?

Nicht zum ersten Mal verhinderten am 6. Oktober linke Aktivisten eine SVP-Veranstaltung: Bereits im September 2006 wurde ein SVP-Anlass verunmöglicht. Es wurde der grössten schweizerischen Regierungspartei versagt, ihre eidgenössische Delegiertenversammlung im jurassischen Bassecourcourt durchzuführen. Damals führte der Druck linker jurassischer Aktivisten dazu, dass der Gemeinderat von Bassecourcourt der SVP mitteilte, die Versammlung können nicht auf Gemein-

degebiet durchgeführt werden, weil niemand in der Lage sei, die Sicherheit zu gewährleisten.

Mit Fug und Recht fragt sich die Öffentlichkeit: Kapitulierte die schweizerische Politik nun vor den linken Chaoten? Ist das Demonstrationsrecht exklusiv der SP und den Gewerkschaften vorbehalten? Entscheidet faktisch der Schwarze Block darüber, wo demonstriert wird und wo nicht?

Am 21. Oktober können die Stimmbürger die Antwort auf diese Fragen geben.

„Rot-Grün macht die Schweiz kaputt“ – der Titel dieser SVP-Schrift ist aktueller denn je.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP
Vorstandsmitglied SVP International

Die Rassismus-Strafnorm gehört abgeschafft!

Im Jahre 1994 stimmte die Mehrheit der Schweizer Bürger für die Rassismus-Strafnorm. Der Abstimmungstext schien verlockend, die Versprechen seitens der Behörden waren gross. Und heute? Mehr als zehn Jahre danach müssen wir feststellen, dass die **Rassismus-Strafnorm die Meinungsfreiheit der Schweizer stark eingeschränkt hat und der Stimmbürger offenbar – wie in vielen anderen Bereichen – vom Staat in die Irre geführt wurde.**

Es wird mehr und mehr versucht, unliebsame Kritiker der gegenwärtigen Probleme (Asylmissbrauch, Ausländerkriminalität, Überfremdung, Islamisierung, etc.) mit dieser Strafnorm mundtot zu machen. Wir Schweizer Bürger sollen uns also nicht mehr zu den gegenwärtigen Problemen äussern dürfen. Dies, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geht auf ein

ganz simples Prinzip zurück: Wir können Probleme, die wir nicht nennen dürfen, auch nicht lösen. Wie soll es uns denn möglich sein, die Ausländerkriminalität, die Überfremdung und die schleichende Islamisierung der Schweiz zu verhindern, wenn wir diese Themen nicht einmal ansprechen dürfen ohne dabei zu riskieren, vom Strafrecht verfolgt zu werden?

Sie sehen, die Rassismus-Strafnorm ist in Tat und Wahrheit ein Mittel der Classe politique, um Bürger, die Schweizer Werte hochhalten und verteidigen möchten, mundtot zu machen. Als Nationalrat werde ich mich wie folgt einsetzen:

- **Die Meinungsäusserungsfreiheit ist ein Grundrecht und unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.** Dies trifft insbesondere für die in der Schweiz praktizierte direkte Demokratie zu. Die schlimmsten Diktaturen in der Geschichte der Menschheit haben damit angefangen, dass den Menschen das Recht zur Meinungsfreiheit untersagt wurde. Die Rassismus-Strafnorm gehört deshalb ersatzlos gestrichen.

- Niemand darf für seine politischen Meinungsäusserungen strafrechtlich belangt werden.

Rinaldo Bucher, Weston, FL (USA)
Nationalratskandidat
Liste SVP International, Kanton Zürich

VARIA:

Der im letzten Newsletter angekündigte Wahlanlass vom 11. Oktober 2007 in Zürich wurde aufgrund mangelnder Teilnehmerzahl abgesagt.

Bitte denken Sie daran, Ihre Wahlunterlagen möglichst rasch zurückzuschicken, um Verspätungen aufgrund zu langer Postwege zu verhindern.